

**Prof. Dr. G. Möbus:** Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Ostberlin und in der Sowjetischen Besatzungszone; in: Informationen zur politischen Bildung, Folge 19 / 2. Auflage 1961

Die Volkserhebung des 17. Juni 1953 hat eine weltweite Erregung hervorgerufen, wie es in gleicher Weise nur noch der Aufstand in Ungarn 1956 vermocht hat. Als die Vorgänge des 17. Juni im Ausland genauer bekannt wurden, meldeten sich sogleich Stimmen, die unter dem Eindruck der Ereignisse den Vergleich mit den geschichtlichen Geschehnissen von 1789 und 1848 zogen. Das Bild des Waldbrandes wurde dabei gewählt, um das geradezu Elementare der unaufhaltsam um sich greifenden, Einzelne wie ganze Betriebe, Dörfer und Städte an sich reißenden Volkserhebung treffend zu beschreiben. Noch ist seit jenen erregenden Ereignissen kein Jahrzehnt vergangen, und doch sind ihre Einzelheiten für viele Menschen in Deutschland aus dem Gedächtnis entschwunden. Jahr für Jahr bedrängen uns neue erregende Ereignisse, denken wir nur an den Vorstoß in den Weltenraum und die Heraufkunft der Völker Afrikas und Asiens. Die Gefahr ist nicht gering, daß und im Gedränge alles dessen nur noch das Nächstliegende im Blick bleibt, und wir für Vergangenheit halten, was in Wahrheit Geschichte ist, an der wir die Gegenwart zu messen hätten. Das ist für uns um so gefährlicher, weil wir heute von dem Teil unseres Volkes, der der Träger jener Ereignisse war, politisch noch stärker getrennt sind, als es damals der Fall war. Die Erfahrung lehrt aber, daß die Trennung eines Volkes durch Gewalt von außen durch nichts so sehr verhindert wird wie durch den Willen, die Gemeinschaft der Geschichte geistig und seelisch aufrecht zu erhalten. Wollen wir diesen Willen wirksam erhalten, so kommt es sehr darauf an, uns auf die rechte Weise die Gemeinschaft der Geschichte mit denen lebendig zu erhalten, die jetzt wider ihren Willen durch eine Entscheidung fremder Machtpolitik von uns getrennt sind. Soll das auf die rechte Weise geschehen, so muß ohne Zweifel alles fernbleiben in unserem Denken, das nur Wiederholung der Fehlhaltungen und Fehler wäre, die politisch die Teilung Deutschlands verursacht haben. Das heißt, wir haben uns mit aller Entschiedenheit jeder nationalistischen Machtpolitik fernzuhalten, wie sie den Nationalsozialismus und den sowjetischen Kommunismus kennzeichnen.

Keine Frage ist nach der Niederwerfung der Volkserhebung des 17. Juni durch Waffengewalt so oft und mit solcher Erregtheit gestellt worden wie die nach dem Sinn des ganzen Geschehens. Zwar ist die Freiheit damals nicht errungen worden, vielmehr hat die Gewalt seitdem neue Formen der Unfreiheit und des Unrechts geschaffen. Aber wir sollten heute die Antwort wissen, die den Sinn jenes Geschehens erschließt. Sie lautet:

die Volkserhebung des 17. Juni 1953 ist ein Wahrzeichen und ein Mahnzeichen der geschichtlichen Gemeinschaft des geteilten Deutschlands. Sie ist es deshalb, weil sie in unser unglückseliges Schicksal auf eine neue Weise etwas von der geschichtlichen Größe gegeben hat, ohne die kein Volk auskommt, soll es nicht das Vertrauen zu sich selbst verlieren. Nachdem die Trugbilder eines hochgepeitschten Selbstgefühls in der Katastrophe des Nationalsozialismus untergegangen sind, steht die Aufgabe immer drängender vor uns, politisch für uns einen Standpunkt zu finden, der jene Übersteigerungen des Selbstgefühls nicht einfach ersetzt durch den Verzicht auf jedes Wertgefühl. Wir kämen sonst als Volk in die Gefahr, die wir an einzelnen Menschen beobachten können, wenn sie durch schwere Fehlschläge in ihrer Lebensgeschichte die Gewißheit, Wer zu haben, verloren haben. Sie verlieren dann nur zu leicht auch die Kraft und den Willen, ihre Mitmenschen wertzuschätzen und für andere dazusein. Es bedarf der Maßstäbe, wie für den Einzelnen so für ein Volk soll die Selbstüberschätzung ebenso vermieden werden wie die Selbstverachtung.

Wir sollten den Sinn und die geschichtliche Größe der Volkserhebung des 17. Juni 1953 einmal darin zu sehen suchen, daß er ein solcher Maßstab für unser Volk ist. Es versteht sich von selbst, daß man bei dieser Art der Betrachtung kaum in die Nähe einer unzeitigen Begeisterung geraten kann. Wie die Erfahrung mit dem 17. Juni als Gedenktag lehrt, fällt es uns offensichtlich noch durchaus nicht leicht, einen Gedenktag zu haben und uns zu eigen zu machen, der von den Staatsfeiertagen und Vergangenheit sehr weit abliegt. Aber auch das und gerade ist kein Zufall; im Gegenteil: jede Erinnerung und Besinnung an die Ereignisse des 17. Juni 1953 hat es an sich, daß sie auch den Widerwillen oder Gedankenlosen aus der Eigengesetzlichkeit jenes geschichtlichen Geschehens heraus in eine neue Richtung drängt. Wir werden in die Richtung einer Wirklichkeit gedrängt, die uns weithin unvertraut ist; uns als Volk noch so unvertraut ist, wie ein Mensch sich selbst sein kann, wenn er nach einer schweren Krise oder Katastrophe dazu gebracht wird, einen Blick ins eigene Innere zu tun. Dieser Blick ins eigene Innere ist jedoch der einzige Weg, der zur rechten Selbsteinschätzung führt, beim einzelnen wie bei den Völkern.

Stellen wir uns in diesem Sinne einmal der Frage: Was hat uns der 17. Juni zu sagen?

Wir vergegenwärtigen uns, um diese Frage zu beantworten, noch einmal die wichtigsten Tatsachen jenes geschichtlichen Geschehens: Am Morgen des 16. Juni 1953 beschlossen die Arbeiter des Volkseigenen Betriebs Bau-Union, die an den Baustellen der Stalinallee beschäftigt

waren, in den Streik zu treten. Das war um so überraschender, als die Stalinallee, die einstige Frankfurter Allee, zur ersten sozialistischen Straße Deutschlands und geradezu zum Symbol der Bolschewisierung Deutschlands erklärt worden war.

Der Anlaß des Streiks war ein Artikel der kommunistischen Gewerkschaftszeitung "Tribüne", der am 16. Juni zur Normenerhöhung Stellung nahm, die der sowjetzonalen Ministerrat am 28. Mai angeordnet hatte. Die Normenerhöhung sollte durchschnittlich 10 % betragen; zugleich wurde die Bestimmung aufgehoben, nach der mit einer Normenerhöhung keine Lohnsenkung verbunden sein sollte. Nach dieser Verordnung hatten die Maurer mit einer Lohneinbuße von 30 %, Tischler und Zimmerleute mit einer solchen von 42 % zu rechnen. Bauarbeiter, die bisher 2,40 bis 3,- DM-Ost verdienten, hatten nun höchstens 1,70 bis 1,80 DM-Ost zu erwarten. Die Verordnung hatte sofort nach ihrem Bekanntwerden im sowjetisch besetzten Deutschland zu Unruhen und Auseinandersetzungen geführt. Der Artikel in der "Tribüne" suchte die Normenerhöhung zu rechtfertigen, und es verbreitete sich die Nachricht, es werde bei der Lohnzahlung der entsprechend gekürzte Lohn gezahlt werden.

Daraufhin entschlossen sich die Bauarbeiter an der Stalinallee zum Proteststreik, und sie traten einen Protestmarsch zum Sitz der Führung des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an. Das Haus der Gewerkschaften in der Wallstraße war jedoch verschlossen, und niemand wurde dort eingelassen. Die Streikenden, etwa 2000 an der Zahl, zogen daraufhin weiter in Richtung des Regierungsviertels und erreichten gegen 13 Uhr das Haus der Ministerien in der Wilhelmstraße. Der Platz war bald von Menschen überfüllt, und Sprechchöre gaben Forderungen der Streikenden bekannt. Man rief nach Ulbricht und Grotewohl; an ihrer Stelle erschien der damalige Minister Selbmann, der zu Worte zu kommen suchte, ohne sich jedoch Gehör zu verschaffen. Zum ersten Male fiel das Wort vom Generalstreik, und die Forderung nach freien und geheimen Wahlen wurde laut.

Grotewohl hielt am Abend des 16. Juni vor Funktionären der SED eine Rede im Friedrichstadt - Palast. Darin gab er die Zurücknahme der Normenerhöhung bekannt und übte "Selbstkritik", indem er zugab, daß die SED sich von der Arbeiterschaft zu weit entfernt habe und damit gegen ihren Auftrag als "Vorhut der deutschen Arbeiterklasse" verstoßen habe. Doch weder die Aufhebung der Normenerhöhung noch dieses Schuldbekenntnis vermochten den Gang des Geschehens noch anzuhalten, sondern der Proteststreik der Bauarbeiter in der Stalinallee hatte eine politische Lawine ausgelöst, die durchaus nicht in ihrer Absicht gelegen hatte.

Der Morgen des 17. Juni brach grau und regnerisch an, und unter strömendem Regen setzte sich am Strausberger Platz in Berlin der erste Zug von Demonstranten in Bewegung. Das Ziel war wieder der Regierungssitz in der Wilhelmstraße. Als die Demonstranten dort gegen 8.30 Uhr eintrafen, fanden sie das Regierungsgebäude durch verstärkte Absperrketten der Volkspolizei abgeriegelt. Es kam zum ersten Zusammenstoß mit der Volkspolizei, auf die ein Hagel von Steinen niederging. Es gelang jedoch nicht, den Zugang zum Regierungsgebäude zu erzwingen. Die Erregung der Menge fand ihren Ausdruck in der Zerstörung von Fahnen, Bildern und Transparenten in den benachbarten Straßen und am Potsdamer Platz. Dabei kam es von neuem zu Zusammenstößen mit der Volkspolizei. Zugleich trafen von allen Seiten weitere Demonstrationzüge ein. Aus Oberschönweide waren es vor allem die Arbeiter der Kabelwerke Oberspree, des Transformatorenwerkes und der Fabrik für Fernmeldewesen. Nach stundenlangem Marsch im strömenden Regen trafen in zwei Kolonnen von mehr als 10 000 Menschen die Belegschaften des Stahlwerkes und der Bau-Union Henningsdorf ein. An der Spitze des Zuges trug man eine Tafel mit der Aufschrift: Weg mit den Normen! Wir wollen gesamtdeutsche Wahlen und die Einheit! Mehr und mehr beherrschten die Züge der Demonstranten die Straßen; die Menschenmenge im Lustgarten, dem jetzigen Marx-Engels-Platz wuchs auf 50 000 an.

Es geht nicht mehr um die Normenerhöhung, sondern der Wille, der die Zehntausende beseelt, ist die Forderung der Freiheit und Einheit Deutschlands. Dieser Wille findet seinen Ausdruck in einer symbolhaften Handlung: Gegen 11 Uhr wird die rote Fahne auf dem Brandenburger Tor heruntergeholt und zerrissen; an ihrer Stelle wird die schwarzrotgoldene Flagge gehißt.

Gegen 12 Uhr fallen in der Leipziger Straße aus dem Regierungsgebäude die ersten Schüsse auf die Demonstranten, und es erscheinen sowjetische Panzer, Panzerspähwagen und Mannschaftswagen mit Infanterie. Die Panzer fahren in die Menge hinein, die zurückweichend mit Steinwürfen antwortet. Noch einmal versuchen die Demonstranten vom Potsdamer Platz aus in das Regierungsviertel vorzudringen; kasernierte Volkspolizei eröffnet aus kürzester Entfernung das Feuer. Auch an anderer Stelle der Stadt fallen Schüsse, und Tote und Verwundete werden geborgen. Da verhängt der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin um 13.30 Uhr den Ausnahmezustand. Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und Menschenansammlungen von mehr als drei Personen auf Straßen und Plätzen und in öffentlichen Gebäuden sind verboten. Bald wird bekannt, daß sich mit Berlin die sowjetisch

besetzte Zone erhoben hat. Viele Zehntausende sind es, die sich in Dresden, Leipzig, Halle, Magdeburg, Merseburg, Bitterfeld, Jena, Gera, Erfurt erhoben haben. Der Regierung gelingt es nur mit Waffengewalt und durch das Standesrecht der Erhebung Herr zu werden. Die Zahl der Toten und Verwundeten erhöht sich in den nächsten Tagen und Wochen durch Verhaftungen und Verschleppungen.

>

## **DER 17. JUNI IN DER ZONE**

Durch westliche Rundfunkmeldungen, aber auch durch Nachrichtenmittel in der SBZ, wie die Eisenbahn-Telefonleitung (BASA), mit denen die Berliner Angestellten ihre Kollegen in der SBZ erreichen konnten, war die Bevölkerung der Sowjetzone von den Ereignissen des 16. Juni in Berlin unterrichtet worden. In fast allen Großstädten und vielen kleineren Orten macht sich der Volkszorn in ähnlicher Weise wie in Berlin Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung stehen, erzielen die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industriewerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befinden sich vielfach völlig in ihrer Hand. Gefängnisse und Zuchthäuser werden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wird der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen. Insgesamt kommt es am 17. Juni an über 270 Orten zu Streiks und Aufstandshandlungen. Zwischen 300 000 und 400 000 Arbeiter großer Betriebe streiken. Darüber hinaus wird in den meisten Orten, die vom Volksaufstand erfaßt werden, die Arbeit völlig eingestellt, und große Teile der Bevölkerung schließen sich den demonstrierenden Arbeitern an. Einen Gesamtüberblick über die Geschehnisse des 17. Juni in der SBZ zu geben ist nicht möglich. Es können nur Ereignisse an bedeutenden Zentren der Erhebung beispielhaft genannt werden.

### **Magdeburg**

16 Betriebe mit 38 000 Arbeitern streiken. Die Straßen der Stadt sind am Vormittag mit Hunderttausenden von Menschen gefüllt. FDGB-Haus, SSD-Hauptquartier, FDJ-Kreisleitung und das Gefängnis am Moritzplatz werden gestürmt. Der Sturm auf das Zuchthaus Sudenburg und auf das Polizeipräsidium gelingt nur teilweise und bricht schließlich im Feuer der Vopo zusammen. In Magdeburg sind über 40 Tote zu beklagen.

### **Merseburg**

Die Leuna- und Buna- Werke und andere Betriebe (45 000 Arbeiter) streiken. 70 000 Demonstranten versammeln sich auf dem Uhlandplatz. Das Gefängnis und viele andere öffentliche Gebäude werden gestürmt. Am Abend sind allein in den Leuna-Werken 3 000 Sowjets mit 200 Pak-Geschützen zusammengezogen.

### **Halle**

Die Arbeiter der Großbetriebe marschieren nach Halle hinein. Drei Gefängnisse, das Haus des Landesvorstandes, Bezirks- und Kreisleitungen der SED werden gestürmt. Um 18.00 Uhr versammeln sich mindestens 60 000 Menschen auf dem Hallenmarkt zu einer Massendemonstration, obwohl Sowjetpanzer seit Stunden in der Stadt waren. Im Angesicht der Panzer singen die 60 000 das Deutschlandlied.

### **Bitterfeld**

58 000 Arbeiter streiken. An der Großkundgebung auf dem "Platz der Jugend" nehmen 10 000 Menschen mehr teil, als die Stadt Einwohner zählt. Gefängnis (200-300 Gefangene befreit), SSD-Hauptquartier, Vopo-Kreisamt und Rathaus werden gestürmt. Ein Streikkomitee übt praktisch die Regierungsgewalt aus. Am Nachmittag rücken die Sowjets ein.

### **Leipzig**

8 000 Arbeiter von sechs Betrieben streiken und marschieren in die Innenstadt. Unterwegs werden die Pavillons der "Nationalen Front" und HO-Buden angezündet, das Gebäude der FDJ-Bezirksleitung wird gestürmt und demoliert. SED-Büros und das Ernst-Thälmann-Haus, die FDGB-Zentrale werden ausgeräumt. Gegen Mittag ist halb Leipzig auf den Beinen. Es herrscht eine eher ausgelassene Stimmung, wie bei einem Volksfest. Diese Stimmung verfliegt, als beim Sturm auf das Reichsgericht die Vopo das Feuer eröffnet. Es gibt die ersten Toten. Überall tauchen Sowjettruppen auf. Noch am Nachmittag wird das Gebäude des Verlages "Volk und Wissen" gestürmt. Der Sowjetkommandant läßt drei junge Männer standrechtlich erschießen. Insgesamt sind 30 Tote zu beklagen.

### **Jena**

18 000 Arbeiter von Zeiß, Schott und zwei anderen Großbetrieben legen die Arbeiter nieder. Gegen 12.00 Uhr sind 20 000 Menschen auf dem Holzmarkt versammelt. Das SED-Gebäude wird gestürmt, desgleichen das des FDGB. Im FDJ-Krissekretariat werfen die FDJler selbst ihre Akten und Kleinkalibergewehre zum Fenster hinaus. Im Amtsgericht in der Bebelstraße werden etwa 100 Gefangene befreit. Im SSD-Hauptquartier

treffen die Befreier keine Gefangenen mehr an, sie waren am Morgen von den Schergen weggebracht worden.

### **Brandenburg**

13 000 Streikende in Brandenburg. FDJ- und SED-Kreisleitung werden gestürmt. Im Amtsgericht werden 30 Gefangene befreit. Einer ist so schlimm zugerichtet, daß er nicht transportfähig ist. Die erbitterte Menge bekommt einen "Volksrichter" und einen "Volksstaatsanwalt" zu fassen. Beide werden gelyncht.

<

Das sind die Tatsachen; sie sprechen eine harte Sprache. Denn sie haben zum ersten Male enthüllt, was die gewalttätige Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn drei Jahre später bestätigt hat: der Tod Stalins hat nichts daran geändert, daß der Terror für die Kommunisten ein legitimes Mittel der Politik ist. Sie folgten darin nicht widerwillig dem Befehl Stalins, sondern sie folgten darin bereitwillig der Lehre Lenins. Wer bis dahin hoffen mochte, es werde mit dem Tode Stalins im März 1953 die Epoche des Terrors zu Ende gehen, der mußte diese Hoffnung mit den Toten und Verwundeten des 17. Juni 1953 zu Grabe tragen. Denn nun trat offen zutage, was die politische Propaganda des Kommunismus bis dahin hatte im Hintergrund halten können. Die Tatsache nämlich, daß die "Demokratisierung Deutschlands" und der "Aufbau des Sozialismus" nur andere Worte waren für die Errichtung der Diktatur des Kommunisten. Das seit 1945 im sowjetisch besetzten Deutschland sowohl von den deutschen wie den russischen Kommunisten immer wieder proklamierte Programm einer "überparteilichen" Zusammenarbeit aller "aufbauwilligen" Kräfte, wo immer sie sich finden mochten, erwies seinen tatsächlichen Charakter als taktisches Manöver. Ein für allemal war die Zeit vorbei, in der die Kommunisten nicht müde wurden, jedem, der es nur hören wollte, zu versichern, der Bolschewismus der Sowjetunion sei kein Exportartikel, und die Sowjetunion werde sich hüten, dem Deutschen, die unter ganz anderen Verhältnissen zu leben hätten, ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu oktroyieren. Mit dem 17. Juni 1953 erwiesen sich alle diese Versicherungen als Anwendung des leninistischen Konzepts der kommunistischen Deutschland-Politik. Lenin und die Leninisten würden ihr Verhalten und die Versicherungen, mit denen sie Menschen im sowjetisch besetzten Deutschland irreführten, selbst als "dialektisch" bezeichnen. Das beste Beispiel für diese sogenannte dialektische Politik des leninistischen Kommunismus hat Lenin selbst in einem im Jahre 1909 verfaßten Aufsatz gegeben, der seitdem das Modell für die kommunistische Religions- und

Kirchenpolitik geworden ist. Er ist auch im sowjetisch besetzten Deutschland in großer Auflage wiederveröffentlicht worden.

Lenin führt darin aus, daß die Grundformel für eine kommunistische Religionspolitik der Satz von Karl Marx sei: "Die Religion ist das Opium des Volks". Das heißt, er versteht wie Karl Marx die Religion als ein Mittel der Betäubung und Selbsttäuschung, das den Menschen dazu dient, sich der Wirklichkeit zu entziehen, wenn sie ihr nicht gewachsen sind. Lenin erklärt, es ist grundsätzlich selbstverständlich, daß zum Klassenkampf auch der Kampf der Kommunisten gegen die Religion gehört. Wer Kommunist ist, ist Materialist und betreibt atheistische Propaganda; doch das Entscheidende ist für Lenin, daß auch dieser Kampf für den Kommunisten, der dialektischer Materialist ist, dialektisch zu führen ist. Er erläutert das an zwei Beispielen: Angenommen, es steht in einer Industriegegend ein Streik bevor. Die Arbeiterschaft setzt sich in der großen Mehrheit aus christlichen Arbeitern zusammen. Die Kommunisten sind dagegen in der Minderheit, also, außerstande, allein den Streik erfolgreich durchzuführen. Lenin fragt, soll man unter diesen Umständen die atheistische Propaganda fortsetzen? Seine Antwort ist ein entschiedenes Nein. Denn jetzt komme es darauf an, die Einheit der Arbeiterklasse zu betonen und zusammen mit den christlichen Arbeitern, die in der Mehrheit sind, den Streik zu gewinnen. Die Erläuterung für dieses Verhalten gibt Lenin selbst, indem er erläutert: da die Religion ihre Grundlage in der Ausbeutung hat, die in der Klassengesellschaft herrscht, bedeutet ein Streikerfolg zugleich mit dem Sieg über die Ausbeuter einen Sieg über die Religion, die in ihrer gesellschaftlichen Grundlage zerstört wird. Das zweite Beispiel Lenins ist noch drastischer: denn er bejaht darin die Zusammenarbeit mit einem Geistlichen, wenn ein solcher sich zur Zusammenarbeit bereit erklärt. Lenin läßt selbst keinen Zweifel daran, daß zwischen der persönlichen Gesinnung diese Geistlichen und dem politischen Programm der Kommunisten ein Abgrund klafft. Aber das kümmert ihn nicht, und er stellt nur eine einzige Bedingung: der Geistliche darf keine öffentliche Kritik am politischen Programm der Kommunisten üben.

Beide Beispiele charakterisieren das leninistische Konzept der Politik, wie sie im sowjetisch besetzten Deutschland von 1945 an betrieben worden ist, aufs genaueste.

Chruschtschow hat dieses Konzept unter dem Namen der "Koexistenz" auf die Außenpolitik übertragen. Auch in diesem Fall handelt es sich um ein Angebot der Zusammenarbeit mit Nicht-Kommunisten, und auch in diesem Fall ist es ein Angebot auf Zeit, für dessen Zustandekommen sich die Erklärung in Lenins Schrift "Der Radikalismus - eine Kinderkrankheit des Kommunismus" findet. Lenin nennt darin einen kommunistischen Politiker,



der dem Gegner den Kampf ansagt, wenn er selbst nicht der Stärkere ist, einen Politiker, der keinen Pfifferling wert ist, ja einen Verbrecher. In dieser Lage, so sagt Lenin, heißt es paktieren, laviieren, Kompromisse schließen. Nicht in der Absicht, das eigene Ziel, die kommunistische Revolution aufzugeben, sondern um sie unter den gegebenen Umständen mit der Hilfe der Gegner selbst zu erreichen. Innen- oder außenpolitische Koexistenz ist in den Augen der Leninisten eine Aktion der politischen Dialektik, in der man mit Nicht-Kommunisten zusammengeht, um mit ihnen zusammen einen Erfolg zu erzielen, der für den kommunistischen Partner in dieser Aktion nur eine Zwischenstufe ist, um dem Fernziel, dem Sieg des Kommunismus, unter den gegebenen Verhältnissen näherzukommen. Ausdruck dieser unveränderten Zielsetzung ist es, wenn Chruschtschow unter dem Namen der Koexistenz die Zusammenarbeit mit nicht-kommunistischen Staaten auf allen Gebieten propagiert, jedoch die ideologische Koexistenz ausschließt. Denn die ideologische Koexistenz würde bedeuten, daß die Kommunisten ihr Fernziel, die kommunistische Weltrevolution, aufgeben. Tatsächlich ist Chruschtschows Politik der Koexistenz nur eine Variante der politischen Dialektik Lenins, für den die Politik der Zusammenarbeit nur die Fortsetzung des Klassenkampfes und des Krieges mit anderen Mitteln ist.

Der 17. Juni 1953 hat, ebenso wie der gewaltsam niedergeschlagene Aufstand in Ungarn 1956, den Beweis dafür geliefert, daß die sowjetische Politik auf der Grundlage der politischen Dialektik Lenins steht. Hinter den Aufrufen zur Zusammenarbeit und der Versicherung, niemand solle gewaltsam zur Annahme des Kommunismus gebracht werden, stand bei der sowjetischen Partei- und Staatsführung das Wissen, daß die Kommunisten in Deutschland und Ungarn nicht in der politischen Position der Stärkeren sondern der Schwächeren waren. Daher galt es für sie, die politische Dialektik Lenins anzuwenden, also zu paktieren, zu laviieren und Kompromisse einzugehen. Wie sehr das taktische Manöver und keineswegs Verzicht auf den kommunistischen Herrschaftsanspruch war, zeigte dann die sowjetische Gewaltanwendung im Dienste der kommunistischen Minderheit. Das ist die große Lehre des 17. Juni 1953: hinter der angeblichen Bereitschaft der Kommunisten zur Zusammenarbeit mit Andersdenkenden steht der Wille, das eigene Ziel, die Herrschaft des Kommunismus mit aller Gewalt anzustreben. Das Angebot der Zusammenarbeit ist ein Angebot auf Zeit, das dazu dient, dieses Ziel gewaltlos zu erreichen, wenn die Umstände es zulassen; hinter ihm aber lauert die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, wenn der Widerstand der Andersdenkenden zu stark ist und die Machtmittel zur Gewaltanwendung zur Verfügung stehen. Diese Lehre ist um so wichtiger, als die kommunistische

Deutschland-Politik unverändert am leninistischen Konzept festhält; ihr letzter Versuch auf seiner Spur ist der Entwurf des Friedensvertrages, den die Sowjetunion bekanntgegeben hat. Wer ihn liest, kann nicht im Zweifel sein, daß er nichts anderes ist als eine Wiederholung der kommunistischen Politik im sowjetisch besetzten Deutschland von 1945 bis 1949 / 50, nämlich unter dem Namen der Konföderation das Angebot der Zusammenarbeit als einer Zwischenstufe auf dem Wege zur kommunistischen Machtergreifung in ganz Deutschland.

Die zweite große Lehre des 17. Juni 1953, die wir uns mit aller inneren Entschiedenheit zu eigen machen sollten, wird in einem Grundzug sichtbar, der an allen Kernpunkten der Volkserhebung in Erscheinung trat und von dem Teilnehmer und Augenzeugen mit Ergriffenheit berichtet haben. Mag es auch im ersten Augenblick rätselhaft erscheinen: es lag über dem Ganzen etwas vom Licht eines großen Festtages. Daher kam es, daß unversehens die Stimme Tausender zusammenklang im gemeinsamen Gesang und sich darüber das Geläut der Glocke erhob. Menschen, die sich nie gesehen hatten, fielen sich mit tränenüberströmtem Gesicht in die Arme. Gruß und Zuruf wurde von Unbekannten mit Freude erwidert. Es war wie ein Wiedersehen, wie ein Wiedersehen nach langen Jahren der Trennung, das sich da ereignete. Abgefallen war von den Gesichtern die erzwungene Maske des Mißtrauens, das die Menschen in diesem Teile Deutschlands zum Schweigen verurteilt, wenn sie zusammenkommen und einander nicht kennen. Abgefallen war von den Herzen die Angst, die jeden überkommt, wenn er glaubt, ein Wort zuviel gesagt zu haben; die Angst, die schon die Kinder aus dem Schlaf auffahren läßt, wenn auf der Straße ein harter Tritt oder das Bremsen eines Autos laut wird. Das alles war wie weggeweht, und sichtbar wurde, wofür einst Matthias Claudius sein Dank- und Freudenlied gesungen: das schön menschlich Antlitz.

Das ist es, was im letzten, und zwar in einer Entscheidung auf Leben und Tod, in den Geschehnissen des 17. Juni 1953 Ereignis geworden ist: die Wiederkunft des Menschen. Das erklärt auch, warum im Zusammenhang mit dieser Volkserhebung weder nationalistische noch nationalsozialistische Parolen laut geworden sind. Der Anlaß, der die Ereignisse des 17. Juni 1953 ausgelöst hat, war ein Streik der Arbeiter, und schon ihm eignet geschichtliche Größe. Denn die Kommunisten zählen es zu den unantastbaren Glaubenssätzen ihrer Lehre, daß sie die letzte in der Reihe der weltgeschichtlichen Revolution heraufführen und mit ihr das Zeitalter der "klassenlosen Gesellschaft", die keine Ausbeutung mehr kennt. Die Arbeiter haben durch ihren Aufstand den weltgeschichtlichen Herrschaftsanspruch der Kommunisten widerlegt, und es hat seinen

tieferen Sinn, daß die Widerlegung des kommunistischen Anspruchs auf die Weltgeschichte und die Weltherrschaft sich in Deutschland in der Wirklichkeit der Geschichte ereignet hat, von wo er einst durch die Deutung der Geschichte ausgegangen ist.

Wer aber über den Anlaß hinaus nach der Ursache jener geschichtlichen Geschehnisse fragt, nach der Ursache, die den Streik der Arbeiter in die Volkserhebung verwandelt hat, dem gibt die einzigartige Menschlichkeit, die das Gesicht der Volkserhebung bestimmte, die Antwort. Ursache und Triebkraft, aus der das Wagnis des 17. Juni 1953 hervorgebrochen ist, waren der Wille und die Sehnsucht, die Wiederkunft des Menschen und der Menschlichkeit zu bewirken. Die Erhebung war keine Rebellion gegen die Besatzungsmacht; sie richtete sich nicht in erster Linie gegen Personen und Institutionen, sondern sich richtete sich gegen eine Lebensform, die unvereinbar ist mit dem Wert und der Würde des Menschen.

Die Ahnung täuscht nicht, die und überkommt, wenn wir das ernste Gesicht jener Tage und Tatsachen sehen; sie sind ein Maßstab, an dem wir von der Geschichte gemessen werden. Die Frage stellt uns: Was ist uns die Freiheit wert, ohne Wagnis in einer Welt zu leben, in der Wert und Würde des Menschen wie selbstverständlich gelten und von Staats wegen geschützt sind? Wir leben im Schutze einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, ohne viel daran zu denken, wie wenig sich dieser Zustand von selbst versteht.

Die Volkserhebung des 17. Juni 1953 ist mit Waffengewalt niedergeschlagen worden; die Wiederkunft der Menschlichkeit ist für einen Teil unseres Volkes zunichte gemacht worden. Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus besteht weiter; er ist ohne Vorbehalt auch auf uns gerichtet. Die Entscheidung, vor die wir gestellt sind, ist im letzten die Entscheidung für oder gegen die Lebensform und Lebensordnung, die wir weithin zu eigen haben wie dank- und gedankenlose Erben. Die Volkserhebung des 17. Juni 1953 lehrt uns nicht zuletzt, wieviel diese Lebensform und Lebensordnung eigentlich wert ist; denn damals haben Hunderttausende ihr Leben daran gesetzt, um sie wiederzugewinnen.

In der Trauerfeier am 23. Juni 1953 in Berlin führte der damalige **Regierende Bürgermeister, Ernst Reuter**, aus:

"Dieser elementare, wuchtige Aufstand unseres Volkes, dieser Marsch der deutschen Arbeiter, dieses revolutionierende, entflammende Wirken der deutschen Jugend unter einem totalitären System, sie haben die Welt aufgerüttelt und die Basis freigemacht für eine bessere Zukunft. Keine Macht der Welt, niemand wird auf die Dauer uns Deutsche voneinander trennen können. Die Fahne der Knechtschaft auf dem Brandenburger Tor,

sie ist von unserer Jugend heruntergezogen worden, und die Jugend wird eines Tages die Fahne der Freiheit auf dem Brandenburger Tor aufziehen."

Und der **Bundeskanzler, Dr. Adenauer**, erklärte auf dieser Trauerfeier:

"Wie ein Orkan brach die aufgestaute Verzweiflung und Not los gegen Sklaverei und Unterdrückung, nicht achtend Tod und Gefahr. Wie ungeheuer der Druck ist, der nun seit Jahr und Tag auf diesem Teil Deutschlands lastet, das zeigt das Aufbäumen der Millionen gegen ihre kommunistischen und russischen Machthaber. Nicht russische Panzer und Maschinengewehre, nicht Maschinenpistolen der Kommunisten konnten sie schrecken, konnten sie davon abhalten, ihr Leben zu wagen und zu opfern..."

**"Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten - diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk -,bis auch die achtzehn Millionen in der Sowjetzone wieder ihre Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit."**